

Volksmacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Telegraphisch-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Poststraße 40, durch die Zweig-Expeditionen: Poststraße 28, bei Jung, die Buchhandlung der „Volksmacht“, Post-Grabenstraße Nr. 2 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Abonnement 1-20 Nr. monatlich 3.10 Nr. vierteljährlich 12.50 Nr. halbjährlich 25.00 Nr. jährlich 50.00 Nr. bei ins Haus durch die Post monatlich 6.10 Nr. vierteljährlich 18.50 Nr.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Nr. geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.50 Nr., auswärts 2.50 Nr., auswärts 0.85 Nr., Anzeigen unter Text 1.00 Nr., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.35 Nr., Heiratgesuche, Verträge, Veramtlungen und Wohnungs-Anzeigen 0.30 Nr. Je vorgenannte Zeilen ist ein Zeilenanfang von 20% Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Poststraße 40 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bisher 7 deutsche gegen 4,7 polnische Stimmen.

Sichere deutsche Mehrheit!

Kattowitz, 21. März 5 Uhr morgens. Das deutsche Plebiszit-Kommissariat gibt folgende Zahlen über die Abstimmung bekannt:

	deutsch	polnisch
Kreuzburg, Stadt und Land	ca. 43 000	ca. 2 300
Rosenberg	24 200	11 400
Lublinitz	15 100	13 800
Tarnowitz	17 600	27 000
Groß-Strehlitz	22 500	22 900
Oberlogau	32 700	4 500
Cosel	36 300	11 700
Gleiwitz Stadt und Land	58 000	32 000
Leobschütz	65 100	300
Katowice	48 700	20 700
Kattowitz	76 400	69 800
Königshütte (Stadt greift in Südkreis Beuthen ein)	31 800	10 800
Beuthen	73 900	73 500
Hindenburg	45 200	43 000
Oppeln	81 000	26 000

Die Abstimmungsergebnisse von Pleß und Rybnik sind noch ungewiß, doch ist in beiden Kreisen eine polnische Mehrheit zu erwarten. Ohne Pleß und Rybnik ergibt sich eine Mehrheit für Deutschland von über 63 Prozent. Bisher sind nach dieser Zusammenstellung 671 500 deutsche und 369 400 polnische Stimmen ausgezählt worden.

Aus Rybnik und Pleß liegen uns bisher nur Teilergebnisse vor: Für Rybnik ungefähr 28 000 deutsche, gegen 50 000 polnische Stimmen; für Pleß 14 400 deutsche, gegen rund 41 000 polnische Stimmen.

Aus Oppeln wird um 6 Uhr früh gemeldet: Nach den hier bisher vorliegenden Meldungen stellen sich die Abstimmungsergebnisse einschließlich Pleß und Rybnik auf rund 700 000 deutsche und rund 469 000 polnische Stimmen. Eine Anzahl von Wahlorten sind allerdings noch nicht gemeldet. Dies trifft besonders auf die Kreise Pleß und Rybnik zu.

Richtige Einzelziffern.

Das Kommissariat meldet um 2 Uhr nachts: Die von der Interalliierten Kommission in Oppeln angeordnete Sperre des Fernsprechverkehrs hat eine geordnete Berichterstattung über das Abstimmungsergebnis unmöglich gemacht. Es muß deshalb darauf hingewiesen werden, daß eine Anzahl von privater Seite verbreiteter Meldungen, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, der Zuverlässigkeit entbehren. Zur Stunde läßt sich noch keineswegs ein Urteil über das Abstimmungsergebnis gewinnen. In einer Reihe von Städten ist die deutsche Mehrheit, die erwartet werden mußte, erzielt worden. Nach den bisherigen Meldungen, die ebenfalls nur unter Vorbehalt wiederzugeben werden, hat sich in der Stadt Oppeln eine deutsche Mehrheit von 94 Prozent ergeben. Der Landkreis Oppeln weist nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen ebenfalls eine deutsche Mehrheit auf, doch fehlt von 164 Orten nach dem Ergebnis von 60 Ortschaften. In der Stadt Groß-Strehlitz beträgt die deutsche Mehrheit 83 Prozent. In der Stadt Rosenberg 90 Prozent, in der Stadt Tarnowitz 83, in der Stadt Cosel 94, in der Stadt Gleiwitz 90 Prozent.

De Rond und die ausländische Presse.

Wie uns berichtet wird, hat General De Rond am Sonntagabend den Befehl erteilt, die Schlafwagen der ausländischen Journalisten, die diesen von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellt wurden, von Kattowitz nach Oppeln zu schaffen, um sie aus der Gefahrenzone herauszubringen. In Wirklichkeit wohl nur deshalb, um den ausländischen Journalisten die Möglichkeit zu nehmen, während der Abstimmungszeit in den Gebieten zu weilen, die vom Terror bedroht waren. Redaktionsweise waren aber die ausländischen Journalisten nicht „aufzufinden“ und der Befehl wurde daraufhin dahin abgeändert, daß die Schlafwagen am Abstimmungstage selbst um 2 Uhr mittags nach Oppeln geschafft werden müßten. Auf einen außerordentlich scharfen Protest der amerikanischen und der englischen Journalisten mußte De Rond seinen Befehl zurückziehen. Untergeordnete Organe haben dann nicht nur deutschen, sondern auch ausländischen Journalisten das Blacet für ihre Stammes verweigert.

Das Ergebnis.

Noch läßt sich ein vollständiger Ueberblick über die Gesamtziffern der Abstimmung nicht geben. Zu übersehen ist dagegen bereits die Laune der Polen und die der interalliierten Kommission gegenüber der europäischen Öffentlichkeit, die auf Grund des Rechts der freien Ausdeutung des Abstimmungsergebnisses und der Heranziehung anderer Momente bei der endgültigen Entscheidung nach dem Versailler Vertrag von größter Bedeutung ist.

Die Polen haben in den Tagen vor der Abstimmung ihre Anstrengungen zur Einschüchterung und Bedrohung der deutschen Abstimmungsberechtigten in denjenigen Bezirken, in denen sie sich größere Hoffnungen machten, aufs äußerste verstärkt. Es ist ihnen dadurch, wie wir bereits am Sonnabend wahrheitsgemäß berichten mußten, gelungen, die freie Abstimmung in einer Reihe von Bezirken nicht nur des Südostens, sondern auch des östlichen Teiles des alten Industriegebietes — das die Franzosen besetzt hatten — einseitig zu ihren Gunsten erscheinen zu lassen. Am Tage der Abstimmung selber, an dem viele der ausländischen Berichterstatter sich auch die gefährdeten ländlichen Bezirke kurz ansahen, hielten die polnischen Terroristen sich dann zurück oder wurden von den Truppen der interalliierten Kommission zurückgehalten. Die Einschüchterung der Tage vorher hatte eben genügt; man brauchte sich nicht mehr zu bemühen. Die Nachdrohungen galten ja auch für die nächsten Tage, und daß sie ernst gemeint waren, hatten die vorigen Tage gezeigt.

Die deutsche Mehrheit ist heute schon sicher und wird auch durch die weiteren Ergebnisse nicht mehr erschüttert werden können. Damit wird aber, wie jeder weiß, der Oberschlesien und die Oberschlesier in diesem Abstimmungskampf auch nur etwas kennen gelernt hat, für viele Bewohner des Landes eine neue Lage geschaffen. Es sind alle diejenigen, die sich in erster Reihe nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Oberschlesier schlechthin fühlen. Viele von diesen haben in Erinnerung an die altpreußische Politik diesmal noch polnisch gestimmt. Nachdem Polen auf keinen Fall mehr ein Recht auf ganz Oberschlesien behaupten kann, wird es jetzt den Gedanken der Teilung an den entscheidenden Stellen, wenn auch vielleicht noch nicht in der Öffentlichkeit, in den Vordergrund schieben. Auch die Politik der Franzosen, die Oberschlesien wohl nicht ganz dem verhassten Deutschland gönnen, aber auch nicht ganz diesem, ihrem Hauptschuldner, wegnehmen können, wenn sie nicht die letzte Hoffnung auf die letzte Goldmark-Reparationsverlerten wollen, war wohl im Grunde immer die des weisen Salomo, der das Kind unter die streitenden Mütter teilen wollte. In der „Volksmacht“ ist das ja schon vor Monaten angedeutet worden.

Dagegen werden sich jetzt alle diejenigen wenden müssen, die es mit Oberschlesien gut meinen, auch diejenigen, die diesmal no polnisch gestimmt haben. Sie alle wissen, daß Oberschlesien eine wirtschaftliche Einheit ist, daß nicht nur die einheitliche Wasser-, Licht-, Eisenbahnversorgung usw. unrentabel wird, wenn sie für zwei oberhalbliche Provinzen doppelt aufgebaut werden muß, daß auch sie selbst — mögen sie in der Landwirtschaft, in der Industrie oder im Handel tätig sein — mit einer Zerrüttung ihrer eigenen Existenz rechnen müssen, sobald Oberschlesiens Wirtschaftseinheit zerfallen werden soll. Wissenschaftlich hat das kürzlich mit aller Rührigkeit der amerikanische Legationsrat Sidney Osborne in seinem vielbeachteten gründlichen und neutralen Buch nachgewiesen. Aber auch der einfache Mann dort oben weiß das nur zu gut. Die nächste Frage ist: wird er es wagen dürfen, es laut herauszusagen? Wird der Terror auch das verhindern? War es nur ein Tag, an dem Oberschlesien Scheinfrieden hatte?

Verdächtige Ziffern.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat ihre Macht anscheinend dazu ausgenutzt, um das Ergebnis in einer für Deutschland ungünstigen Weise der Welt bekannt zu geben. Bis 3 Uhr morgens hat sie in Oppeln ausschließlich Resultate aus kleineren Orten bekanntgegeben, die im ganzen eine polnische Mehrheit ergaben. Dagegen ist nach den viel umfangreicheren und anscheinend mit großer Sorgfalt aufgestellten Ziffern des deutschen Plebiszit-Kommissariats, die wir oben wiedergehen, schon jetzt bestimmt mit einer deutschen Mehrheit für ganz Oberschlesien zu rechnen. Der Grund für das Vergehen der interalliierten Kommission ist es, daß sie bis 12 Uhr nachts den in Oppeln verammelten Pressevertretern die Ergebnisse aus

81 Orten vorlegte, von denen 40 deutsche, 41 aber polnische Mehrheiten haben. Bis 1/2 Uhr hat sie nach Oppelner Meldungen 100 Ortschaften bekannt gegeben, von denen 49 deutsche, 51 polnische Mehrheiten aufwiesen. Die künstliche Auswahl der Ergebnisse ergibt sich aus diesen Ziffern ziemlich deutlich.

Auf der anderen Seite teilen die Breslauer Morgenblätter Zahlen mit, die die hiesige Ortsgruppe der Heimattreuen heute Nacht bereits sehr frühzeitig durch Kuriers erhalten zu haben berichten konnte.

Von der Pressestelle des Schlesischen Ausschusses, die wir um eine Bestätigung dieser überaus optimistisch klingenden Ziffern bat, wurde uns eine solche Bestätigung abgelehnt. Die Zahlen sind also ebenfalls mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Der weltgeschichtliche Tag.

Kattowitz, den 20. März, abends 7 Uhr. (Eigener Kurierbericht der „Volksmacht“.) Der weltgeschichtliche Wahlgang um Oberschlesiens Zukunft ist bis zur Stunde ruhig verlaufen. Das war insofern unerwartet, als in den letzten Tagen vor der Abstimmung von polnischer Seite noch eine ganze Reihe von Gewalttätigkeiten gröberer und milderer Art zu verzeichnen gewesen waren. Die Bevölkerung trat fast überall schon in den ersten Morgenstunden scharenweise zur Wahlurne an. Die Industrie-Ortschaften, durch die ich kam, boten das Bild, wie man es von den Parlamentswahlen kennt. Nur daß die Straßen infolge des sonntäglichen Verkehrs, der Einschränkung des Gasthausbetriebes und der zahlreichen Abstimmungsgäste noch belebter waren als sonst. Die überraschend starke Teilnahme der einheimischen und auswärtigen Bevölkerung geht aus der Laune hervor, daß schon bis in die Frühabendstunden eine Wahlbeteiligung von 90 ja 97 Prozent nach Stichproben einzelner Wahlbüros in der Stadt festgestellt werden konnte. Dabei schließt die Abstimmungszeit erst um 8 Uhr. Auf dem Lande dürfte es nicht viel anders sein. Auch dort drängte sich das Volk schon in den Morgenstunden zur Stimmabgabe. Die der auswärtigen Stimmberechtigten schien anfänglich infolge der Beschlagnahme von Kraftwagen durch die Interalliierte Kommission und durch den polnischen Terror bedroht, vollzog sich aber ebenfalls glatt. Uebergriffe sind bisher bis auf einen Fall nicht bekannt geworden. Die Interalliierte Kommission hatte in letzter Stunde noch einige wenige Landortschaften, wie Mieschowitz, Bittow, mit militärischem Schutz versehen. Sonst wurde die Sicherung der Wahl nur von Patrouillen besorgt, nicht einmal die Abstimmungslokale waren vielerorts im Laufe des Tages besonders geschützt. In Kattowitz wurden Tanks frei aufgestellt, um im Notfall eingreifen zu können.

In einem unterchied sich die Abstimmung wesentlich von den sonst üblichen Wahlgängen. Flugblätter und Plakate fehlten fast allerorten. Nur in den Ortschaften, in denen ein starker polnischer Einfluß bekannt ist, sah ich einige vom Auge des interalliierten, neutralen Geheh unbeschädigte polnische Plakate. Hier und da prangten Klebezettel. So entbehrte der Tag jeder äußeren „Aufmachung“. In den nächsten Stunden schon sind die ersten Stimmenauszählungen zu erwarten. Dann endlich wird sich die unerträgliche Spannung der vielen Zehntausende lösen. Die Stimmung während der Wahl selbst schien allenthalben gut, wovon die besonnenen Haltung der großen Massen ein bereites Zeugnis ablegte.

Im Laufe des Tages war, wie erwähnt, eine einzige ernsthafte Störung des Abstimmungsaktes zu verzeichnen. Im Dorfe Brynow bei Kattowitz wurden die Deutschen an der Stimmabgabe behindert. Der Vorfall wurde durch Entsendung eines Kommandos erledigt.

Es läßt sich natürlich nicht voraussagen, ob die Ruhe, die am Tage selbst zu verzeichnen war, auch in den Abendstunden vorhalten wird. Die Nacht ist des Bösen Freund, und die Interalliierte Kommission wohnt in Oppeln, also weit, und das Militär ist dünn verteilt. Man darf jedoch hoffen, daß die Abstimmung mit ihrem ungeheueren Menschenangebot nicht noch nachträglich unwirksam wird, nachdem bei der Stimmabgabe alles geklappt hat.

Das trübe Wetter des Vormittags, das nach den Wochen des Sonnenfehlers das unklügste Industrie-rieter in graues Dunkel gehüllt hatte, wich nachmittags wieder dem kräftigen Himmelslicht. Nach dem Heimatreue und Solofs es nach ihrer Art als Vorzeichen

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Handelskrieg der Entente. — Der deutsche Außenhandel. — Die hohen Fleischpreise. — Rückgang der Vieh- und Fleischpreise.

Neber die Maßnahmen, die die Entente nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen gegen das deutsche Wirtschaftsleben in Anwendung bringen will, werden gegenwärtig in der Presse eingehende Betrachtungen angestellt. Eigentlich läßt sich mit Sicherheit die Wirkung der Maßnahmen, die in Aussicht genommen sind, noch nicht übersehen, da noch keine Klarheit darüber besteht, in welchem Umfang die Entente Länder im einzelnen von den angeordneten Gewaltmaßnahmen Gebrauch machen. Die Annahme, daß Italien und Belgien, denen wohl nicht ganz wohl bei der Durchführung des Handelskrieges sein dürfte, nicht in Aktion treten, wird ein stiller Wunsch bleiben. Politisch wird es für die Entente nicht duldbar sein, daß einige ihrer Teilnehmer aus dem Konflikt ausbrechen; es wäre nur möglich, daß man den beiden genannten Staaten eine mäßigere Form des Zugriffs gestattet.

Somit ist sicher, für den deutschen Handel wird die erzwungene Abgabe von 50 Prozent des Warenwertes in den Entente-Ländern, die dann von der deutschen Regierung zurückvergütet werden soll, eine Entlastung des Exports nach diesen Ländern werden. Der englische Kaufmann wird schon keine Klage haben, sich einer Kontrolle über deutsche Warenimporte zu unterziehen, es sind die Verbindungen zwar im stillen wieder angeknüpft, aber auch mit einer gewissen Zurückhaltung in Rücksicht auf die sehr unzureichende Stimmung gegen die deutsche Konkurrenz. Dem deutschen Exporteur wird seine Aufgabe so erleichtert, daß er zurücktreten muß. Leider haben wir keine neuen Ergebnisse der Statistik darüber, in welchem Umfang wir bereits nach den Entente-Ländern exportierten. Die Beobachtungen der monatlichen Nachweise über den Außenhandel ergaben bis zum August 1920, daß der Export nach den Entente-Ländern nicht übermäßig groß war, wohl aber die Einfuhr von dort nach Deutschland. Die Hoffnung, daß mit dieser Handelsabgabe von Deutschland ein großer Teil der Schuldverpflichtung befreit wird, dürfte sich bald als irrig erweisen. In England mag die Aktion Hoffnung lassen, daß sie zur Erleichterung der Krise im eigenen Lande dient. Das ist sicherlich mit der Absicht des Vorgehens. Es wirkt die Bedrückung der deutschen Einfuhr, aber nicht nur auf den deutschen Handel, sondern auf den gesamten Warenverkehr des Auslands. Und da zur Kontrolle der deutschen Waren auch von den neutralen Staaten Warenursprungszeugnisse gefordert werden müssen, gelangt England auf diese Weise zu einer Art Schutzoll. Mit dieser Kontrolle steht eine Wiedereinrichtung der alten Staaten, die nach England Waren einführen, gleichmäßig aufgelegt werden. Das solche Erzwürungen dem Handel in den Entente-Ländern unangenehm sein kann, ist nicht anzunehmen, ganz abgesehen davon, daß in den Staaten, die an dem Streit nicht beteiligt sind, aber als Leidtragende mit hineingezogen werden, auch keine freundliche Stimmung ausgeht.

Geht unser Export weiter zurück, so werden wir darauf bedacht sein müssen, um unsere Handelsbilanz in ihrer Passivität nicht unmerklich hoch anwachsen zu lassen, die weitere Einfuhr zu beschränken. Man wird die Einfuhr von Südzucker, Weizen, Frühlingsweizen, verbieten können, ohne daß wir damit der Volksernährung einen Schaden zufügen. Ebenso wird man zu prüfen haben, ob wir nicht auf die Einfuhr einiger Luxuswaren verzichten können. Gerade von Italien, Frankreich und Belgien werden wir mit diesen Waren überhäuft, obwohl wir uns im Hinblick auf unsere Finanzlage auch bisher schon nicht diese Ausgaben leisten konnten. Es war der große Fehler unserer Handelspolitik, daß wir in den letzten Monaten nahezu nachlässig alles hereinließen, und damit unsere Volkswirtschaft schwächten. Unter normalen Zeiten wird man eine solche Sperrung der Einfuhr ablehnen, aber leider haben wir gegenwärtig keine kräftig entwickelte Volkswirtschaft, die jenen Druck aushält.

So sehr der deutsche Außenhandel bedroht wird und zu befürchten ist, daß die Krise zunimmt und damit die Arbeitslosigkeit weiter anwächst — auch die Entente-Länder werden nicht ohne Verluste diesen Kampf führen. Der Handel wird sich bemühen müssen, neue Verbindungen zu suchen und andere Wege einzuschlagen, die an den Hemmnissen vorbeizuführen. Diese Aufgaben zu lösen, mußte das Werk einer großzügigen Organisation des Handels sein. Wenn die Wirtschaftspolitiker der Entente noch nicht begriffen haben, daß in der Nachkriegszeit die Zerrüttung des Außenhandels, bedeutsam nicht zuletzt von der Entwertung der Wäluete der europäischen Industriestaaten, uns in diese schwere Weltkrise hineingetrieben hat; wenn die Entente des Glaubens ist, sie könnte sich allein aus dem Chaos retten, mit der Absicht, die anderen tiefer hineinzuführen, so wird sie sehr bald erfahren, daß so die Heilung der Kriegsschäden nicht erreicht werden kann und das kapitalistische Getriebe auf diese Orde nicht einstellt.

Wellest hinter noch als dieser Schlag gegen den Außenhandel kann Deutschland durch die Zollregeln am Rhein getroffen werden. Man fragt sich nur, kann wirklich eine so kurzfristige Auffassung die Entente leiten, die die Industrie im Westen lebensunfähig macht? Das heißt doch die Zahlungsfähigkeit des Gegners erschlagen. Gewiß, man vernimmt heute sehr oft die ruhige Überlegung in der Würdigung politischer Maßnahmen, und nur so wäre das Vorgehen zu erklären. Es läßt sich ganz nicht ausdenken, zu welchen wüsten Zuständen des Schmutzels und der Warenverbindungen es hier kommen muß, wenn wirtschaftlich zusammengehörige Landesteile auseinandergerissen werden. An der Entfaltung dieses Treibens wird Frankreich keine Freude erleben.

Die Ergebnisse der deutschen Außenhandelsstatistik für die Zeit vom Januar bis August 1920 lassen erkennen, wie weit wir nach zurück sind, wenn wir einen Vergleich mit dem Jahre 1913 anstellen. Die Ausfuhr wird auf 129,4 Millionen Doppelzentner angegeben; dem steht 1913 eine Ausfuhr von 483,4 Millionen Doppelzentnern gegenüber. Das Manito verteilt sich auf alle Industrien, besonders aber tritt die ungenügende Lage der Textilindustrie in die Erscheinung, deren Ausfuhr 427,2 Millionen Doppelzentner betrug, gegenüber 281,2 Millionen Doppelzentner 1913. Die Einfuhr ist von 474,856,8 Millionen Doppelzentner auf 116,448 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Der überaus starke Rückgang in der Einfuhr von Lebensmitteln läßt das Uebel unserer Nahrungsmittelversorgung erkennen, denn sie erreicht nur 33,748,3 Millionen Doppelzentner, während wir im Jahre 1913 163,574,3 Millionen Doppelzentner verzehrten.

Wie ungesund unsere Marktlage sich entwickelt, wird uns wiederum klar, wenn berichtet wird, daß in Dänemark Schweine und Kormwgen Käsefänge an Fischen keinen Absatz finden, weil der deutsche Markt die angesetzten Preise zu dem hohen Preis nicht aufnehmen kann. Die Preisfrage aber wird nur durch den ungenügenden Stand der deutschen Wäluete hervorgerufen, der Konsum wäre schon in der Lage, große Mengen aufzunehmen. Man vergegenwärtige sich nur, daß ein Pfund frischer Herings 3,50 Mark kostet, ein unehört hoher Preis, der die ärmere Bevölkerung als Käufer verdrängt. Auch die heimische Hochfleischerei treibt die Preise in unerträglicher Weise in die Höhe, so daß Fische heute für den Massenkonsum nicht in Frage kommen.

Dagegen stehen in den letzten Wochen die Rohwäluete eine Abwärtsbewegung der Viehpreise, und langsam tritt auch in den Kleinhandelspreisen für Fleisch eine Ermäßigung ein. Besonders reichlich ist das Angebot von Schweinen, die im Preise von 1000 Mark auf 1600 Mark pro Zentner abgemindert heruntergegangen sind und auf einigen Märkten auch bereits weitere Ermäßigungen erfahren. Der Mangel an Fleischwaren, der heute allgemein zu bemerken ist, erklärt sich daraus, daß

der Staatserwerb des Konjunks als aus der Zunahme des Viehauflriebs. Die Notlage der Bevölkerung ist so groß, daß die Kaufkraft hier besonders eingeschärft wird.

Trotz der Preisentwertung einiger Waren bleibt immer noch die Konsumfähigkeit der Bevölkerung geschwächt. Die steigende Wirtschaftskrise findet ihre Erklärung in der Entwertung des Konjunks und schließlich in der weiteren Einengung der Produktion. Diese Nachwirkungen des Krieges gilt es zu überwinden; wir müssen von den hohen Preisen herunterkommen, um den Markt wachnahmefähiger zu machen. Robert Schmidt.

Hardings Kabinett.

Aus Chicago wird uns geschrieben:

Fast alle Zeitungen suchen vergeblich aus der Zusammensetzung von Hardings Kabinett auf eine bestimmte politische oder sozialpolitische Linie der neuen Regierung zu schließen. Dürftige Angaben über das äußere Aussehen, über Größe und Gestalt einzelner unbekannter Größen, die bei Wortkämpfen zweifellos aufschlußreich wären, lassen keine Schlüsse auf die geistige und charakterologische Bedeutung des Einzelnen und Gesamtkabinetts zu.

Von den Kabinettsmitgliedern, die fast ausnahmslos Juristen und Advokaten sind, haben vor allem zwei eine ausgesprochene politische Vergangenheit.

Herbert Hoover ist seit 1914 bekannt als hervorragender Organisator, der sozialen Tendenzen nicht feindlich oder fremd gegenübersteht. Durch seine Hilfsunternehmungen in Europa dürfte er mehr als der Durchschnittsamerikaner mit den europäischen Verhältnissen und der wirtschaftlichen Lage bekannt sein. Man erwartet von ihm Verständnis für die weltwirtschaftliche Verbundenheit und als Handelsminister hat er zweifellos genug Gelegenheit, für die Wiederaufnahme geregelter Handelsbeziehungen einzutreten, eine Erwartung, die vor allem von liberaler englischer Seite gehegt wird.

Ministerpräsident Charles Evans Hughes, der Sohn eines baptistischen Geistlichen, ist ein sehr bekannter Rechtsanwalt, dem man bedeutende Kenntnisse auch des internationalen Rechts nachsagt. Er war 1916 als Präsidentschaftskandidat aufgestellt, fiel aber bekanntlich bei der Wahl durch. Als Gouverneur des Staates New York trat er sehr energisch für die in angelsächsischen Ländern beliebten puritanischen strengen Gesetze ein, die unter dem Namen „blue laws“ in Amerika bekannt sind. Strenge Sonntagsfeier, Alkoholverbot und auch das Verbot für Rennwetten gehören dahin.

Als Jurist hat er seinerzeit gegen die Austreibung der fünf Sozialisten aus dem New Yorker Kongreß protestiert, womit allerdings nur ein Rechtsstandpunkt, keine Sympathieerklärung für die Sozialisten ausgedrückt ist. Man vergleicht ihn seiner juristischen Einstellung wegen gern mit Lansing, der die Konstitution zum A und O seiner Politik gemacht hat, aber niemals radikaler Anschauungen verdächtig war. Hughes war hervorragend beteiligt an der „Liga zur Erzwingung des Friedens“. Seine Ideen von der Regelung internationaler Beziehungen gipfeln in einem Haager Schiedsgericht, dessen Brennpunkt Richter und Gesetze wären. Jedenfalls ist ihm strenge, wenn auch buchstabengetreue Sachkenntnis nachzurühmen.

Trotz des Protestes des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes ist John J. Davis zum Arbeitsminister bestimmt worden. Er war vor Zeiten eine kurze Zeit Metallarbeiter, das ist aber auch die einzige Beziehung, die er zur Arbeiterschaft hat. Er ist jetzt Bankier und mit dem Großkapital verbunden. Der scharfe Protest des A. F. of L. spricht Bände, beweist, daß es sich hier um einen nicht nur ungenügenden Vertreter, sondern eher noch um einen Gegner der Arbeiterschaft handelt. Denn der von der A. F. of L. vorgeschlagene Kandidat ist nichts weniger als „radikal“ und wenn man bedenkt, daß der Amerikanische Gewerkschaftsbund mit diesem Titel sehr freigebig ist, kann man ermaßen, wie rückschrittlich der neue Minister fürs Arbeiterwesen sein muß.

Des Senators Albert Bacon Falls Bestimmung zum Minister des Innern wird als „eine endgültige Warnung gegen Mexiko“ angesehen. Er ist sehr auf eine Intervention in Mexiko gestimmt und erklärt kürzlich, daß er die Anerkennung der mexikanischen Regierung von der Unterzeichnung bestimmter Abmachungen abhängig mache. Außer der Beilegung von Grenzstreitigkeiten und gegenseitigen Schadenersatzansprüchen sollen diese Abmachungen vor allem Sicherungen für die privaten Eigentumsrechte amerikanischer Gesellschaften enthalten, mit anderen Worten, die Interessen der Bankiers und der Petroleumgesellschaften garantieren. In der Form einer offiziellen Protokollaufnahme sieht man mit Recht eine Provokation und Demütigung der Obregonregierung, die je nachdem zu unliebsamen politischen Verwicklungen der beiden Länder oder zur völligen Destruktion des mexikanischen Regimes führen muß. Unterstützung dieser Politik findet Fall bei der Hearstpresse, da William Randolph Hearst 3 000 000 Acker Land in Mexiko zu eigen hat.

Fall selbst ist Bergwerks- und Viehfarmlbesitzer, steht, wie oben angeführt, stark unter dem Einfluß der Haute-finance und der Großindustrie und gehört zu der konservativen Gruppe der republikanischen Partei, die von den Senatoren Lodge und Borah geführt wird. Was danach von der Richtung seiner Sozialpolitik zu erwarten ist, muß vom Arbeiterstandpunkt aus voraussichtlich mit negativen Vorzeichen versehen werden.

Von dem Marineminister Edwin Denby weiß man zu sagen, daß man in ihm eine persönliche Stütze für eine herzliche Freundschaft zwischen den englischsprechenden Völkern erblickt. Er ist Sohn des früheren Gesandten in China und war zehn Jahre im Felddienst der kaiserlichen Chinesen beschäftigt. Daher seine Stellung zur Abgrenzung des Abgrenzungslinien ist sich nichts sagen, da er in dieser Hinsicht ein un-

erfahrenes Blatt ist. Auch er hat Rechtswissenschaft studiert.

Die beiden letzten Punkte gelten gleichermaßen für den Justizminister Daugherty. Er ist ein sehr betrieblicher Politiker und war der Leiter von Hardings Wahlkampagne. Seine Ansichten über soziale Probleme, die ihm in seiner Eigenschaft als Justizminister aufzulegen werden, sind ganz unbekannt, früher ist nur, daß er bisher rein privaten und ausbeuterischen Interessen dienlich gewesen ist.

Von dem Kriegsminister, Senator Weeks aus Massachusetts, weiß man nicht mehr zu sagen, als daß er Besitzer der United Shoe Manuf. Co. ist und den Ruf eines Rückwärtlers reaktionärer Prägung genießt.

Es bleiben als Persönlichkeiten, die einen inner- und außenpolitisch heilsamen Einfluß ausüben können, nur Hughes und Hoover. Von allen anderen ist nichts oder Schlimmeres als nichts zu erwarten. Will man nicht in ein phantastisches Kombinationspiel über die zukünftige politische Richtung des amerikanischen Kabinetts verfallen, so tut man zweifellos am besten, die Meinungen und Wünsche der Wahlkreisleute (Wallstreet ist die große New Yorker Geldbörsenstraße. Red.) zu befragen — als die wirklich maß- und richtunggebenden Faktoren. F. P.

Aus der Provinz Schlesien.

Organisationsfeindliche Unternehmung.

Es gibt wohl keine zweite Unternehmung, wo soziale Rückständigkeit und Profitgier so stark zum Ausdruck kommt, wie in der Ziegelindustrie. Als Beweis sei nachfolgendes angeführt:

In dem friedlichen Ort Reickau bei Namslau befindet sich die Ziegelei der Firma Eugen Krieger, welche schon jetzt dazu übergeht, den äußerst unangenehmen Arbeitsbedingungen der Arbeiter bei dem ohnehin sehr niedrigen Stundenlohn von 2,40 Mark zu nehmen, verlangte Herr Krieger stößlich, daß täglich 10 Stunden gearbeitet werden sollte. Großmütig würde er für die neunte und zehnte Stunde 25 Prozent Aufschlag zahlen. Und noch ein weiteres Versprechen machte der fürzorgliche Herr: nämlich, daß, wer von den Arbeitern den ganzen Sommer hindurch gut und fleißig seine Arbeiten verrichtet, sogar noch 10 Pfg. mehr pro Stunde am Ende der Kampagne als Geschenk erhalten sollte. Jedoch war daran eine weit wichtigere Bestimmung geknüpft. Seine Arbeiterchaft muß allerdings auf die Koalitionsfreiheit verzichten und sich außerdem in Bezug auf Parteizugehörigkeit und noch mehr der gewerkschaftlichen Angelegenheiten Herrn Kriegers fügen! Und Herr Krieger verspricht in wüster Schimpfereien auf die Arbeiter, die Sozialdemokraten und außerdem noch in einer freien Gewerkschaft organisiert sind. Er ließ recht herbe Schimpfwörter „rotes Gefindel“ und anderes mehr in recht drastischer Weise fallen. Den hinzugekommenen Gewerkschaftsangehörigen wurde er wegen Aufhebung einbrennen lassen und um der Sache weiteren Hochglanz zu verliehen, ließ der gute Herr noch den Gewerkschaftsmitgliedern Kriegers aus Ostböhmen herbeirufen, der sich gleichfalls sehr diensteifrig ins Mittel legte, um die so verbesserte Arbeiterchaft zum Grundbild zu treiben, wobei er sich gleichfalls zu verächtlichen Ausdrücken, wie Spießhube, Säufepeter, rotes Gefindel hinreißen ließ, und außerdem auf seine Waise wies mit dem Bemerkens, daß noch 20 Schuß bereit seien. Wenn Herr Krieger auf diese Weise seinen Betrieb vorwärts zu bringen denkt, so irrt er gewaltig.

Der Arbeiterchaft kann nur zugerufen werden, fest und geschlossen zu bleiben, denn nur Einigkeit kann in solchen Fällen zum Ziele führen! Der Fabrikarbeiterverband Deutschlands hat die Aufgabe, in seinen ihm zuständigen Bezirken und Orten die Bestimmungen der festgelegten Beschlüsse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Ausführung zu bringen, und außerdem in solchen, wie z. B. hier geschilderten Falle ganz besonders Kräfte einzusetzen, um auch den gesetzlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen.

Pädagogischer Osterlehrgang in Görlitz.

Das Zentral-Institut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, veranstaltet in der Zeit vom 1. bis 15. April d. Js im ev. Vereinshaus zu Görlitz einen pädagogischen Lehrgang, an dem eine Reihe namhafter Schulmänner mitzuwirken sich bereit erklärt hat. Es sprechen u. a.: Oberstudienrat Dr. Gaudig (Leipzig) über die Problematik der neuen Schule und über die Erfahrungen aus seiner letztjährigen Interdisziplinären Seminar-Überlebens Scheidner (Leipzig) über das Grundprinzip der freien geistigen Arbeit in der Schule, Kunstgewerkschaftslehrer Krülle (Hamburg) über Werk und Spiel, Prof. Dr. Friedrich (Leipzig) über die arbeitende Klasse, Dr. Müller-Freienfels (Berlin) über die philosophischen Grundlagen der Pädagogik und Studienrat Dr. Schoenebeck (Berlin) über Begabtenförderung und Schülerauslese. Ferner haben Vorträge angekündigt Lehrer Weitz (Berlin), Professor Frey (Leipzig) und Hofrat Hildebrand (Leipzig). Die Teilnahmegebühr für den Gesamtlehrgang beträgt 30 Mark. Teilnehmerkarten sind unter gleichzeitiger Einzahlung des Betrages durch die Geschäftsstelle in Görlitz, Residence-Strasse 18 a, zu beziehen. Weitere Auskünfte erteilt Lehrer Schumann, Görlitz, Ufer-Strasse 16.

Beuthen, 3 Mörder verhaftet. Die hiesige Polizei hatte in Erfahrung gebracht, daß sich im polnischen Hotel „Schlesischer Hof“ mehrere Teilnehmer am Mord von Josephthal aufhalten. Als diese das Hotel verließen, stellte sich ihnen ein Polizeibeamter entgegen. Mit anderen Polizeiwachmannschaften, die inzwischen verständigt worden waren, gelang es, die Gebrüder Klotel aus Deutsch-Pielar und Oleg aus Miedowitz festzunehmen und in das Gerichtsgefängnis einzuliefern. Die Festgenommenen haben mehrere Morde eingestanden und auch zugegeben, an dem Mord der 10 Personen in Josephthal mehr oder weniger beteiligt gewesen zu sein.

Gleiwitz, Ein Todesurteil. Das Schwurgericht verurteilte am Freitag den Arbeiter August Woll aus Bärenhof, Kreis Rattowitz, wegen Mordverbrechens zum Tode. Die beiden anderen Angeklagten wurden zu Zuchthaus und Gefängnisstrafen verurteilt. Gegen Wille führte bereits das Schwurgericht Verurteilung in seiner letzten Periode wegen Raubes ein Todesurteil.

Bereinsolender.

Polenher, Dienstag, 22. März, ab 8 Uhr, im Neuen Saale des Gewerkschaftshauses: Große Wanderversammlung aller Zentner- und Zentnerinnen in Pilsen. F. H. Der Vorstand.

Altehrlich-Schneppenpücker
Erlaubt, in der Provinz Schlesien, Kreis...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 21. März.

Sozialdemokratischer Verein.

Sendt abend 7 1/2 Uhr

Frauen-Versammlungen.

Lokale sind in der Sonnabend-Nummer bekannt gegeben. Keine Frau verzäume den Besuch.

Abteilung Direktor hat die Frauen-Versammlung erst morgen Dienstag, den 22. März, im Endergarten, Endersstraße 12.

Erweiterter Parteivorstand. Donnerstag, den 24. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.

Sitzung.

Tagesordnung: Unter anderem auch Beratung eines neuen Ortsstatuts und die Distriktsversammlungen im April.

Der Kritiker!

Kritiker hat es wohl zu allen Zeiten gegeben, und auch der Kritiker ist keine Erfindung der Neuzeit. Kritik, die beserbend und anregend wirken will, ist lobenswert, notwendig und nützlich. Einen Mann jedoch, der nur kritisieren will und gar nicht von dem ehrlichen Willen beseelt ist, zu bessern und zu helfen, einen solchen Mann nennen wir 'nen Kritiker. Er übt seine Tätigkeit mit Verleibe dort an, wo sie nicht mit Nachteilen und Gefahren für ihn verbunden ist. Mit seinen Vorgesetzten steht er auf gutem Fuß. In der Gewerkschaft ist er oft in zahlreichem Exemplaren vertreten. In keiner Versammlung, in der es etwas zu kritisieren gibt, fehlt er. Rein Vorstand kann es ihm recht machen. Trohdem er alles vermischt, sagt er nie, wie es besser gemacht werden könnte. Nie fördert er einen brauchbaren Gedanken zutage. Nie macht er einen ausföhrbaren Vorschlag.

Ist eine Mitgliederversammlung, dann steht er schon vor der Eröffnung derselben mit der „Kritik“ ein. Das Lokal gefüllt ihm nicht, es ist ihm zu abgelegen, zu klein oder zu groß. Wird die Versammlung nicht pünktlich eröffnet, dann beschwert er sich beim Vorstand und verlangt Winkeltisigkeit. Ist die Tagesordnung versehen, dann bittet er ums Wort und stellt den Antrag, den ersten Punkt an die zweite Stelle und den zweiten Punkt an die erste Stelle zu setzen. Nach der Besetzung des Protokolls ist er in der Regel mit der Fassung derselben nicht einverstanden, weil seine Reden oder Anträge nicht richtig abgefaßt waren. Hat die Tagesordnung sechs Punkte, dann beschwert er sich über Beschränkung der Redezeit, wenn es ihm durch Schlufanträge unmöglich gemacht wird, zu jedem Punkte dreimal das Wort zu nehmen.

Seine Einwendungen sind in der Regel unzutreffend, und seine Anträge müssen fast immer abgelehnt werden. Diese Umstände machen seine Stimmung nicht frohsfertiger. Der Vorstand ist dann erst recht bei ihm unten durch, und er läßt kein gutes Haar an ihm. Dieser aber kennt seinen Kritiker und vergilt alles Böse mit Gutem. Er faßt ihn nur jätzlich an und behandelt ihn wie ein totes Ei. Dieses tun mit der Zeit auch die ständigen Verwaltungsbefugten und denken im übrigen: „Herr, vergibt ihm, denn er weiß nicht, was er tut!“

In neuerer Zeit ist der Kritiker, weil es Mode und ganz ungeschicklich ist, äußerst radikal und revolutionär. Er betätigt sich vielfach als Felsenbauer, schwärmt für die Diktatur des Proletariats und prophezeit immer wieder den demnächstigen Ausbruch der Weltrevolution.

Es gibt zwei Sorten Kritiker: harmlose und bössartige. Die harmlosen richten selten Unheil an, sie sind zufrieden, wenn sie sich recht oft reden hören. Anders liegen die Dinge bei den bössartigen Kritikern. Sie versuchen alles nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen, und wenn die Verhandlung nicht ihrer politischen Richtung angehört, dann: o wehe!

Wie der harmlose Kritiker, so hat sich auch der bössartige Kritiker recht bald abgewirkt. Wie jener, so wird auch dieser von ernsthaften Gewerkschaftlern recht bald als Maulaufreier und komische Figur eingeschätzt und nur dort eine Zeitlang ernst genommen, wo seine Gefolgschaft aus NSC-Schühen der Arbeiterbewegung besteht.

Funktionen, die mit Arbeit verbunden sind, lehnt der Kritiker fast immer dankend ab. Wird er jedoch einmal an eine verantwortliche Stelle gesetzt, dann stiftet er in der Regel unheilbaren Wirrwarr an. Es soll jedoch auch Kritiker gegeben haben, die durch praktische Arbeit innerhalb der Arbeiterbewegung zu vernünftigen, brauchbaren Männern geworden sind und heute sich der Zeit schämen, die sie als unfruchtbare Kritiker nutzlos und zum Schaden für die Arbeiterbewegung tatgeschlagen haben. Hoffen wir, daß das Geschlecht der Kritiker recht bald aus der Welt wege. Unter den Völkern wird sich gewiß kein Kritiker befinden. Sollte jedoch dem einen oder anderen der Schuß passen, dann mag er ihn sich immerhin ruhig anschauen und dabei den guten Vorfaß fassen, künftig nur noch sachliche und fruchtbare Kritik zu üben. Tut er das nicht, dann bleibt er eben ein Kritiker und meine Zeilen haben bei ihm ihren guten Zweck erreicht.

Volkshochschule und Arbeiterchaft.

Uns wird geschrieben:

Die heutige Zeit stellt an unser gesamtes Volk so gewaltige Anforderungen, wie sie früher noch niemals eine Nation zu erfüllen hatte. Gilt es doch nicht nur, aus dem tiefen Abgrund, in den uns der Krieg gestürzt hat, wieder emporzuklimmen, heißt es doch zugleich, uns wieder einen Platz an erster Stelle unter den Kulturvölkern zu erringen. Müssen wir uns doch mit angespanntesten Kräften mühen, nicht nur unser zerrüttetes Wirtschaftsleben wieder zu heben und zu fördern, sondern auch im Geistesleben unseres gesamten Volkes auf höhere Stufen zu gelangen.

Alle diese Aufgaben bringen mit doppelter und dreifacher Gewalt auf die moderne Arbeiterchaft ein. An ihr liegt es in erster Linie, das Wirtschaftsleben durch fleißige und tüchtige Qualitätsarbeit wieder hoch zu bringen, an ihr liegt es aber besonders, sich geistig höher und freier zu entwickeln, ihre Bildung und ihre Lebensanschauung zu erweitern, um nicht nur tüchtig im Berufe zu sein, sondern auch, um als gebildete, freie Menschen das große Weltgeschehen zu verstehen und sich mit ihm auszuöhnen.

Zu dieser Kenntnis haben sich heute Tausende von Männern und Frauen der Arbeiterchaft durchgerungen, und sie müssen sich bewußt und geistig höher zu gelangen. Bis vor kurzem konnten sie jedoch nur eine kümmerliche Volkshochschule genießen und sonst nur spärlicher Bildungsmaßnahmen erfreuen. Seit über Jahresfrist aber kommt die Breslauer Volkshochschule allen diesen jügend und strebenden Menschen in weitem Umfang entgegen. In ihren Arbeitsgemeinschaften, wie der Unterstufe oder die Stufe ihrer Eigenart gemäß genannt werden, haben sich alle

Wissensdürstigen das erringen und erarbeiten, was ihnen im Leben und im geistigen Aufwärtstreben so bitter Not tut.

Alle sich dafür Interessierenden weisen wir darauf hin, daß in den kommenden Osterferien der neue umfangreiche Kurs des Sommer-Semesters erscheint und in der Zentral-Arbeiterbibliothek, Margaretenstraße 17, 3. Etg., und in der Volkswachtbuchhandlung, Neue Traupenstraße, sowie den anderen bekannten Stellen, erhältlich ist. Anfang April werden die Anmeldungen entgegengenommen im Büro der Volkshochschule, Springerstraße 9, für folgende Schüler vom 6. bis 9. April, für neue Schüler vom 11. bis 16. April.

Hat die Bevölkerung am Fleischergelellerstreit ein öffentliches Interesse?

Die Sympathie der Bevölkerung für die streikenden Fleischergeleller auf Seiten der streikenden Fleischergeleller. Eine Anzahl treffiger Gründe haben die Sympathie hervorgerufen. Einmal stehen die so schnell reich gewordenen Fleischermeister bei der Bevölkerung nicht gut in der Kreide, weil der Reichtum erworben ist durch besondere Ausnutzung der Not der Zeit, weil ferner gerade diese Fleischermeister die ersten Unternehmer sind, die hier in Breslau den Kampf gegen ihre Arbeiter auf Abbau der bestehenden Verhältnisse aufnehmen, die nebenbei noch die Brotlosmachung von 50-60 Familienvätern bedeutet. Die Fleischermeister, die von dem Vertrauen des konsumierenden Publikums im wesentlichen abhängig sind, glauben in ihrem Übermut denoch der Arbeiterchaft den Schlag ins Gesicht versetzen zu können. Daher hat dieser Kampf für die allgemeine Arbeiterchaft so große Bedeutung, weil alle anderen Unternehmerrgruppen, gelingt es den Fleischermeistern, die Gesellen niederzuringen, ebenso aggressiv gegen die Arbeiter zwecks Lohnabbau vorgehen werden.

Nun ist es ganz sonderbar, daß dieselben Fleischermeister vom Preisabbau ganz und garnichts wissen wollen, sondern ganz unerschämte Zwischenhandelsgewinne einsehen. Schweinefleisch, das gegenwärtig für 12,50 Mark zu erstehen ist, wird durchschnittlich mit 18 Mark pro Pfund verkauft. Am Breslauer Viehmarkt kosteten am 6. dieses Monats Schweine durchschnittlich 11,25 Mark pro Zentner, am 10. dieses Monats dagegen nur 9,75 Mark. Hat die Bevölkerung von dieser Preisfälschung im Leben der Fleischermeister etwas gemerkt?

Daneben macht sich eine unehrliche Fabrikation in der Wurstherstellung breit, welche die Bevölkerung insbesondere interessiert. Der hohe Zwischenhandelspreis weist die Wursthersteller immer aus neue. Der Arbeiterchaft insbesondere ist ja bekannt, daß je höher die Dividende, je rückwärtsloser der Kapitalist. Diese Rückwärtslosigkeit in den Händen der Nahrungsmitelproduzenten ist für die Bevölkerung geradezu eine Gefahr. Ist doch die Sozialorganisationskommission mehrere Male festgesetzt und sofort bestritt, wozu die Fleischermeister Kartoffelstapeln, Nudeln und Schweinefleisch in die Blut- und Leberwurst überarbeiten. Das sind haarsträubende Zustände. Bereits gestern sind der Verhandlung aus einem Betriebe Fabrikationsmethoden mitgeteilt worden, die alles Bisherige noch in den Schatten stellen. Die Gesundheitspolizei ist sofort benachrichtigt. Wir wollen heute darüber noch nichts weiter mitteilen.

Der Wasserreiter war in der Breslauer Fleischerlei bisher schon immer ein wichtiges Produktionsobjekt, aber die heutige Profitwut bringt hier märchenhafte Gewinne. So gibt es Firmen, die der Anoblauchung bis 70 Prozent Wasser zusetzen. Das Pfund Wasser mit 16 Mark bezahlt zu erhalten, ist kein übliches Geschäft. In einer Fleischerlei werden täglich 20 Eimer Wasser nur allein zu einer Sorte Wurst verarbeitet, was einen täglichen Gewinn an dieser Wurst von 6000 Mark ausmacht. Ist es da ein Wunder, wenn diese Wurstbetrüger übermütig werden und ihren Haß gegen die Gesellen richten, weil diese ein Hindernis bilden, um diese Gaunerei noch zu erweitern. Selbstverständlich gibt es auch eine Anzahl Fleischermeister, die diese Produktionsmethoden nicht mitmachen, die sich aber nicht durchsetzen können. Der Kampf der Fleischergeleller hat also ein öffentliches Interesse, deshalb greift die Bevölkerung bereits aktiv in den Kampf mit ein, indem sie die gesperrten Betriebe streng weidet. In der Bevölkerung ist eine begriffliche Erregung dadurch entstanden, daß die Sippe zum Schutz der Fleischermeister mißbraucht wird. Die organisierten Konsumenten sollten aber noch einen Schritt weiter gehen und vom Konsumverein verlangen, daß er die Fleischerversorgung seiner Mitglieder selbst in die Hand nimmt, wie es bereits in Hamburg, Leipzig, Magdeburg, Köln, Bielefeld usw. geschehen ist. Es sind in dieser Beziehung dem Breslauer Konsumverein günstige Angebote gemacht worden und auch kurze finanzielle Hilfe dabei in Aussicht gestellt.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Am 16. März tagte in der Wilhelmshurg eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Im ersten Punkt wurden die folgenden Kollegen in den Gesellenauschuß der Tischlerinnung durch Herrn Obermeister Bretschneider als Wahlvorsteher gewählt: Logar, Schögnar, Franke, Koch, Großler und Anders. Weitere 6 Ersatzvorsteher wurden zugewählt.

Im 2. Punkt der Tagesordnung berichtete Kollege Kuntze über die am 12. März in Berlin tagende Städtekonferenz. Die seit Januar geflogenen Verhandlungen über einen Reichstafel für 200 000 Kollegen können als ergebnislos abgebrochen angesehen werden. Obwohl wiederholt in Leipzig, Berlin und Stuttgart verhandelt worden ist, kamen die Verhandlungen nicht zum Ziel. Schuld daran war wohl das Vertragsmuster der Arbeitgeber, in dem sie größere Verschönerungen gegenüber dem bestehenden Vertrage aufwiesen hatten. Die Arbeitgeber, die immer wieder Mangel an ausreichenden Polliaktionen durchzuführen, hindern sie, bessere Vereinbarungen anzukommen. Unsere Kollegen der Verhandlungskommission haben es genau über den Arbeitgeber nicht an Deutlichkeit fehlen lassen, daß ein Vertrag nicht in Stande kommen kann, der nicht Verschönerungen bringt. Am 1. April laufen die bis dahin verlängerten Verträge auf der ganzen Linie ab. Damit ist für die Holzarbeiter die Situation klar. Die Arbeitgeber der Reichsbewirtschaftsgruppe Möbelindustrie und Tischlergewerbe, nehmen am 5. und 6. April Stellung zu der Vertragsfrage. Wir müssen aber heute schon aussprechen, was für die Zeit nach dem ersten April notwendig ist. Die von 150 Orten befristete Städtekonferenz nahm einstimmig nachfolgende Resolution an:

„Die Städtekonferenz nimmt den Bericht des Vorstandes und der Verhandlungskommission zur Kenntnis und billigt deren Verhalten. Sie erkennt die Notwendigkeit eines einheitlichen Vertragsrechts im deutschen Holzgewerbe an und erklärt sich grundsätzlich bereit, die bestehenden Verträge zu einem Reichsvertrage zusammenzuführen. Sie hält jedoch nach wie vor die reichsweite Lohnregelung für die zweckmäßigste. Eine solche Regelung läßt sich nicht aus, daß im Rahmen größerer Bezirke einzelne Fragen der Lohnbildung der Bezirksräte Lohnregelung internieren werden.“

Die Konferenz weist mit Enttäufung die Wücht der Unternehmer zurück, eine Verschönerung der bestehenden Vertragsverhältnisse herbeizuföhren. Sie fordert im Gegenzug notwendige Verbesserungen, entsprechend dem von der Verhandlungskommission eingereichten Vertragsentwurf. Die Städtekonferenz fordert die deutschen Holzarbeiter auf, sich bereit zu halten, um erforderlichenfalls den Kampf dafür aufzunehmen.

Die Konferenz erteilt dem Vorstand in Verbindung mit der Verhandlungskommission Vollmacht, alle Maßnahmen einzuleiten, die erforderlich sind, um die aufgestellten Vertragsforderungen durchzuführen.“

Die nachfolgende Aussprache führt zu der Annahme einer Resolution der für Breslau entstehenden Situation: Die heut am 16. März in der Wilhelmshurg stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist mit der Resolution der Städtekonferenz einverstanden und verpflichtet alle Kollegen, in der jetzigen Situation ein wachsam Auge zu haben, sowie alle noch Indifferenten der Organisation zuzuföhren, um für alle Fälle gerüstet zu sein.

Eine Resolution Gehulla, die die Arbeitsgemeinschaft vorschlägt, wird gegen 7 Stimmen nicht zur Abstimmung gebracht, sondern zur Tagesordnung übergegangen.

Im Verschiedenen wird insbesondere auf die Lichtbilder vortrage über Geschlechtskrankheiten in der Woche vom 21. hingewiesen und guter Besuch empfohlen. Paragastarten sind im Zimmer 53 des Gewerkschaftshauses zu haben und zwar für den Karfreitag.

Wünsche der Verwaltungsbeamten.

Die Gewerkschaft deutscher Verwaltungsbeamten, Bezirksgruppe Breslau, hielt am Freitag eine Sitzung der Delegierten der Fachvereine und der Vertreter der Kreisgruppen im Plenarsitzungslokal der Regierung ab.

Der Sitzung wohnte als Vertreter des Regierungspräsidenten Geh. Rat v. Lippa und Genosse Lehrer Gaertig bei. Der Vorsitzende, Regierungs-Obersekretär Widmann, gab einen eingehenden Bericht über die Beamtenbewegung, in dem er hervorhob, daß nur ein geschlossenes Zusammengehen, sowohl der unteren, mittleren als auch der höheren Beamten ihren zum Nutzen gereichen könne. Redner vertritt sich dann über das Beamtenrätegesetz, worauf die Versammelten die Vorlage des Beamtenrätegesetzes beim Reichstage forderten.

Ferner sprach die Versammlung dem Regierungspräsidenten Dr. Jaenicke ihr vollstes Vertrauen aus.

Geh. Regierungsrat Pilsch-Schroener behauerte es, daß sich die höheren Verwaltungsbeamten bisher von der Gewerkschaft ferngehalten haben und machte Vorschläge zur Erleichterung des Aufstiegs aus unteren in mittlere und aus mittleren in höhere Beamtenstellen. Der beste Weg für solchen Aufstieg können nur die Hochschulkurse sein.

Ein Vertreter der unteren Beamtenchaft behauerte es, daß sie so wenig beachtet würden, auch hätten sie in allen Angelegenheiten immer am schlechtesten abgeschnitten.

Die umfangreiche Tagesordnung ergab noch den Tätigkeitsbericht der Bezirksgruppe im Jahre 1920, die Tätigkeit des Orts- und Provinzialkartells, sowie eine Reihe anderer, die Beamtenchaft angehenden Erörterungen.

Nach einem Bericht über das Provinzial-Autonomiegesetz wurde folgende Entschließung angenommen:

Wir erwarten, daß sofort eine Sicherstellung der Rechte, der in den Provinzialdienst auf Grund des zu erwartenden Provinzial-Autonomiegesetzes überleitenden Beamten erfolgt. Es muß ferner gleichgültig vorgebeugt werden, daß die in den provinziellen Dienst überleitenden Staatsbeamten nicht schlechter gestellt werden dürfen, wie die im gleichen Range und Dienststellen stehenden Provinzialbeamten.

Rundgebung der Daheimgebliebenen.

Des Abstimmungsabends in Oberstleuten Würde am Sonntag auf dem Schloßplatz durch eine gewaltige Schar Reichsabstimmungs-berechtigter geschah.

Um vier Wagen hatten sich die Massen geschart. Für die Posener sprach Dr. Schmitz, für die Westpreußen und Danziger Lehrer Janik, für die Ostpreußen Dr. Wolfen und für die Elb-Lotharinger Regierungsrat Heitwer. Von einem besonderen Wagen sprach Herr Hänge vom Deutschen Schutzbund.

Umrahmt wurden die Ansprachen durch einige Märsche und deutsche Weisen, vorgelesen von Musikkapellen.

Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die nach Katowitz überfandt und in der den Oberstleuten Glück und Erfolg im Abstimmungskampf gewünscht wird.

Forderungen der Mieter.

Der Breslauer Mieterkühnnetzein hielt am Freitag abend fünf öffentliche Versammlungen ab, die sich mit dem Verfall der Breslauer Mietshäuser beschäftigten und die Herstellung neuer Wohnungen forderten. Redner waren die Herren Benter, Schall, Pflieger, Kleinert und Keimann. Sie wiesen darauf hin, daß die Mieter nicht ruhig mitanzusehen können, wie die Wohnungen verfallen und darum müssen sie auf Mittel zu dessen Verhinderung sinnen.

32 000 Wohnungen fehlen gegenwärtig in Breslau. Diese Wohnungsnot hat Krankheit und moralischen Niedergang im Gefolge. Zurzeit wird eine ganz ungesunde Wohnungspolitik getrieben.

Einstimmig wurde eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

Die am 18. März d. Js. in 5 großen Sälen Breslaus tagenden öffentlichen Mieterversammlungen nehmen mit Entschiedenheit davon Kenntnis, daß die unzulängliche und im höchsten Grade unsoziale Mietssteuer trotz schärfstem Protest und trotz harter Vorschläge des Bundes Deutscher Mietervereine, der Arbeiterchaft auferlegt wird. Sie empfindet das Verhalten der Regierung, welche geistlich die Vertretung der Mieterorganisationen bei Vorbereitungen und Verhandlungen über Gesetze, welche das Lebensinteresse der Mieter betreffen, ausschaltet, geradezu als Verhöhnung.

Die Mieter Breslaus stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß uns nur die Hergabe zinslosen Geldes zur Schaffung neuer Heimstätten aus dem unangbaren Wohnungselend erretten kann und erwarten von den Parteiführern und der Reichsregierung, daß die Vorschläge des hiesigen Beirates für Heimstättenwesen im Reichsarbeitsministerium über die Aufbringung von Land und Geld für Heimstätten berücksichtigt werden.

Artikel 155 der Reichsverfassung darf nicht ein schöner Satz auf dem Papier bleiben, er muß lebendig werden, und er muß baldmöglichst in die Tat umgesetzt werden.

Zum Reichsmieterschutz fordern wir in letzter Stunde von der Reichsregierung, daß der Septemberentwurf vom vorigen Jahre mit den Verbesserungsansprüchen des Bundes Deutscher Mietervereine als Grundlage des Gesetzes genommen wird.

Die Hausbesitzer, die sich zum Wort meldeten und den ihnen zugewiesenen Zuschlag als nicht zu niedrig bezeichneten, fanden bei den Versammelten keine Gegenliebe und erhielten von den Referenten die richtige Antwort:

• Beden abliefern! Von den seinerzeit nach Danemarck gesandten Breslauer Kindern sind bis jetzt immer noch nicht 28 Beden abgeliefert. Da die Beden Eigentum der Stadt sind, wird ersucht, diese sofort an das Bureau Landauentisch, Gartenstraße 3, Zimmer 36, abzuliefern.

• Die Heimstätte. Die Ortsvereinigung Breslau für Angehörigen-Heimstätten bedankt sich heute, Montag, 8 Uhr in der Fernanlage, Aufsemsplatz 16, eine große Rundgebung. Alle Angehörigen und ihre Angehörigen werden um lebhaften Beizug gebeten.

Vom Arbeiterbildungsausschuss.
Shakespeare und sein Publikum.

Dieser Vortrag von dem Shakespeareforscher und Theaterkritiker Professor Dr. L. Schilling, am kommenden Mittwoch wird nicht allein für die Besucher unserer Vortragsreihe, sondern für alle politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Gewerkschaftshaus, Zimmer 86, während der Vorkunden zu haben sind, sondern für alle Freunde des Schauspiels von besonderem Interesse sein. Wissen wir doch gar zu wenig von diesem größten englischen Dichter, dessen Werke (Hamlet, Romeo und Julia, Julius Cäsar, König Lear, Faustmann von Benebig usw. usw.), obgleich sie weit über 300 Jahre alt sind, in unseren deutschen Theatern noch einen hervorragenden Platz einnehmen.

Der Vortrag von Prof. Schilling wird uns überaus interessante Einblicke geben in Shakespeares Persönlichkeit und seine Zeit, in die wirtschaftliche und soziale Stellung der Schriftsteller und Dramatiker damals, in die Freiheit des damaligen Theaters, in seine Bühne, seine Schauspieler und sein Publikum und wird am Schluss besonders auf „Othello“ eingehen, als Beispiel tiefer Verinnerlichung und gleichzeitig ausgesprochen volkstümlichkeit der Shakespeare'schen Dichtung.

Eintrittskarten zum Preise von 1,10 Mark sind an den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse erhältlich.

Die Arbeit des städtischen Einigungsamtes.

Bei dem städtischen Einigungsamt liefen während des Jahres 1921 1531 neue Anträge ein, und zwar 205 aus dem Mietern, 860 von Vermieterkreisen, 468 von Amtswegen. Erledigt wurden 506 Fälle, darunter 78 durch Vergleich, 195 durch Zurücknahme des Antrages und 233 auf andere Weise. Von den erledigten Anträgen fallen 450 unter die Mieterschlichtungsordnung vom 23. September 1918 und 17 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1919, während 15 weitere Fälle Heizungsfragen, 8 die Genehmigung zur Zwangsvollstreckung, 11 die Festsetzung eines Zwangsmietvertrages und 5 verchiedene Beschwerden betrafen.

Zimmer für Messebesucher.

Der Fremdenverkehrsverein Breslau schreibt uns: Für die vom 5.-8. April stattfindende Breslauer Frühjahrsmesse brauchen wir noch Zimmer zur Unterbringung der Messfremden, da nach den bereits vorliegenden Anmeldungen der Besuch der Messe voraussichtlich sehr stark sein wird. Im Interesse des guten Rufes Breslaus als Fremdenstadt bitten wir die Breslauer Bürgerhaft dringend, uns umgehend noch Zimmer für die Zeit vom 1.-10. April zur Verfügung zu stellen und Anmeldungen schriftlich, mündlich oder durch Fernsprecher Ring 3755 - unter Angabe des Preises - 10, 12, 14 Mark und mehr für Bett und Tisch - an den Fremdenverkehrsverein, Am Hauptbahnhof 11, zu richten.

Erleichterung des Besuchs der Breslauer Messe.

Das Innenwärtige Amt hat die Sichtvermerksbehörde des Deutschen Reiches in Genua ersucht, solche Personen, die durch einen Ausweis der Breslauer Messe-Gesellschaft die ernte

Abicht des Besuchs der Breslauer Frühjahrsmesse vom 5.-8. April dieses Jahres oder der Bauausstellung vom 2.-5. Juni dieses Jahres nachzuweisen, auf Antrag einen Sichtvermerk ohne Nachweis der Reisekosten der Messe zu erteilen.

An Gebühren gelangen, sofern die beiden nicht der neue Gebührentarif in Kraft getreten ist, 20 Prozent der Normgebühren mit der Maßgabe zur Erhebung, daß die Summe für die Person den Betrag von 15 Goldmark nicht überschreitet. Soweit den Besuchern aus dem Osten für den Besuch anderer Messen weitere Ermäßigungen zugestanden werden sind, findet die Vergünstigung auch auf die Besucher der Breslauer Messe Anwendung.

9. Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ferner ein: Räfte 232 Difr. 20 d. Hoffmeister 28,80 M., Räfte 246 Difr. 20 d. Schmitz 80 M., Räfte 170 d. Busche 14 M., Räfte 28 V. II 62 M., Räfte 62 durch Robitz 11,50 M., Räfte 485: 16 M., Räfte 256 M. Amt 15 M., II durch Hanisch 29,50 M., Räfte 503 Betrieb Hauptkassier Heine 88,50 M., Räfte 474 d. Schubert 42 M., Räfte 416 d. Schubert, D. 25 M., 36 M., Räfte 17 P. II, I 92,50 M., Verh. d. Justizbeamten 30,20 M., Räfte 303 Räfte u. Hofmann, Gräbchen, 78,50 M., Räfte 451 Lehn. Hochschule 140 M., Räfte 34 d. Kraker 33 M., Räfte 77 d. Simon 30 M., Räfte 230 d. Glaser 32 M., Räfte 196 Reichstr.-Gel. d. Endrweit 34 M., Räfte 484 d. Glemmig 37 M., Räfte 153 d. Berndt 37 M., Räfte 356 57 M., Räfte 20 Fernspr.-Amt 23 M., Räfte 160 Westf.-Amt II Oberdorfer 57 M., Räfte 110 Difr. 14 d. Reimann 7 M., Räfte 108 Difr. 14 d. Rufe 91,50 M., Räfte 225 d. Klingenberg d. Räfte 52,50 M., Räfte 125: 12 M., S. Jahn 10 M., Räfte 5 M., Fr. Schuler 2 M., Räfte 5 Heger-Straße 50 M., Räfte 24 Telegr.-Bauamt I 106,50 M., Räfte 25 P. II, XI 14,50 M., Räfte 54 Mag.-Büro IV 18 M., Räfte 194 d. Goerlich 170 M., Räfte 167 d. Schirmer 15 M., Räfte 322 10 M., Räfte 348 Gepäd. d. Hauptbahnhof d. Mai 75,50 M., Räfte 373: 58 M., Räfte 374: 10 M., Räfte 5 M., Bürger 3 M., Haupt-Tag. 36,50 M., Difr. 11 d. Ulrich 18,40 M., Räfte 440 d. Wert 11 M., Räfte 266 durch Wert 71 M., Räfte 440 d. Wert 11 M., Räfte 262 Schulfabrik Dornsdorf d. Richard 62 M., Räfte 267 d. Fr. Bunte 62 M., Räfte 264 d. Gebauer 21,50 M., Räfte 308 d. Gorkner 11,75 M., Räfte 226 durch Land 15 M., Räfte 98 d. Weigang 34,20 M., Räfte 384 d. Klambt 30 M., Räfte 352 d. Unger 51 M., Räfte 428 d. Wöhe 5 M., Räfte 233: 42 M., Räfte 245 d. Leib 13 M., Räfte 239 Regel u. Bachur 18,50 M., Räfte 236 3 M., Räfte 106 Difr. 14 d. Thomas 57 M., Räfte 10 Schupo 3 Hundertst. 12,60 M., Räfte 252 d. Palama 44,50 M., Räfte 257 d. Böhmig 120 M., Räfte 194: 11 M., Schneider 20 M., Hoffmann 1 M., Räfte 55 d. Heig 19 M., Räfte 55 d. Rumbach 39 M., Räfte 57 d. Michel 19 M., Räfte 88 d. Köchel 29 M., Räfte 121 d. Sablich 46 M., gel. 5 d. Angehörigen d. Gewerkschaft-Hauses 1195 M., Räfte 255 d. Zimmer 430 M., Räfte 133 d. Wöhe 23 M., Räfte 458 Elektr.-Werkt. Scheibenne 25 M., Räfte 500 M., Räfte 13 Justizbeamte 20 M., Räfte 15 Justizbeamte 25 M., Räfte 188 Difr. 19 d. Schmidt 17,50 M., Räfte 441 d. Klog 15 M., Räfte 48 Stadt-Bibliothek 31 M., Räfte 180 Difr. 19 d. Müller 20 M., Räfte 449 Konf.-Berein Bozmeris d. Abend 61 M., Räfte 260 M., Räfte 336 d. Kaufmann 20 M., Räfte 460 Gutach.-Verh. 3,50 M., Räfte 86 d. Kupfer 18 M., Räfte 91 Schlichter d. Franz 11,75 M., Räfte 145 d. Glania 25,50 M., Räfte 153 Difr. 14: 15 M., Deutsch. Transp.-Arb.-Verd.: Räfte 336: 25 M., Räfte 336: 64,50 M., Räfte 337: 49,50 M., Räfte 338:

17 M., Räfte 339: 78,50 M., Räfte 400: 64,70 M., Räfte 402: 34 M., Räfte 408: 9,50 M., Räfte 405: 23,20 M., Räfte 406: 6 M., Räfte 243 durch Brückner 32,50 M., Räfte 221: 3 M., Post: 50 M., Räfte 149 durch Jungas 19 M., Räfte 147 d. Wöhe 104 M., Räfte 488 durch Wöhe 16 M., Räfte 367 d. Frau Simon 7 M.

Sämtliche ausstehenden Listen, ganz gleich, ob leer oder mit Beträgen versehen, sind sofort in Sekretariat abzuliefern.

Robert Herrmann.

Vortrag. Am Montag, 21. März, abends 8 Uhr findet im Saale des städtischen Volkshauses, Wallerstraße 18, der letzte der Vorträge aus der vom Breslauer Kindergartenverein veranstalteten Reihe statt. Uam. Ritzsch, ein Dr. G. O. B. spricht über die politische-geographische Situation Afrikas nach dem Weltkriege. Eingelassen a. 3,30 Mark an der Abendkasse.

Stadttheater. Heute Montag abend 7 Uhr „Othello“, Dienstag 7 Uhr „Othello“, Mittwoch abend 7 Uhr „Orpheus in der Unterwelt“, Donnerstag 7 Uhr „Cancallaria rufficana“, hierauf „Der Bajazzo“, Freitag (Karfreitag), Anfang 6 Uhr „Parasit“, am Sonnabend gelangt Kubers „Die Stimme von Portici“, neu einstudiert, zur Aufführung.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die maßgebliche Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Der Landgerichtsrat Dr. Furbach, Beuthen OS. ist ab 1. April als Landgerichtsdirektor nach Breslau versetzt. Dieser Fall ist einfach unerhört, denn gegen diesen Mann schwebt in Beuthen das Strafverfahren 8. J. 88/17 wegen vorfälliger, mit Zuchthausstrafe bedrohter Rechtsbeugung! Auch liegt beim Ministerium der Antrag auf Amtsenthebung gegen ihn vor, aber anstatt daß gegen ihn vorgegangen wird, wird er versetzt und erhöht.

Dieser Fall ist einfach himmelfreiend und eine Schande deutscher Justiz und ich rufe öffentlich auf, dagegen Protest zu erheben, denn es geht nicht an, daß ein so schwer angeklagter Mann, trotzdem die Strafsachen schweben, Landgerichtsdirektor wird!

Gerade unsere Zeit verlangt Ehrenmänner und ein Richter kann nicht gleichzeitig des schwersten Verbrechens angeklagt sein. In Oberösterreich speisen es die Späken von den Dächern, und nun soll dieser Mann Breslau beklücken???

Diese Leute können trotz Revolution machen, was sie wollen, doch das Volk muß hier energisch eingreifen und verlangen, daß nur Ehrenmänner auf dem Richterstuhl sitzen, oder energisch die Forderung des Erfurter Programms, die Richterwahl durch das Volk durchsetzen. Erst Erledigung des Strafverfahrens und wenn Dr. Furbach daraus völlig einwandfrei hervorgeht, erst dann könnte an eine Verwendung als Richter gedacht werden, das fordert das Rechtsgefühl des Volkes!

Sindenburg OS., 16. März 1921.
Gustav von Hülfiker.

Familiennachrichten

Am 18. März verschied die verwitwete Fabrikbesitzerin **Otilie Meyer**. Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. Die Angestellten u. Belegschaft der Firma P. Suckow & Comp. Beerdigung: Mittwoch, den 23. März, nachmittags 2 Uhr. 21013

Nach schwerer Krankheit verschied am 18. März 1921 unser Arbeitsbruder im Alter von 41 Jahren. **Emil Nimke**. Leicht sei ihm die Erde! Die Kollegen und Kollegen sowie Mitglieder der Schlichter-Verband. Beerdigung: Montag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, vom evgl. Friedhof in Cosel.

Am 18. März verschied unser wertiges Mitglied **Kollege Emil Nimke**. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Zentralverband der Schuhmacher Zwickauer Breslau. Beerdigung: Montag, 21. März, nachmittags 4 Uhr, vom St. Paulus in Cosel.

Am 17. März verschied unser Mitglied, der Packer **Alfred Kirschmann** im Alter von 44 Jahren. Ehre seinem Andenken! Der Sozialdemokratische Verein Breslau. Beerdigung: Montag, 21. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Dörrgoy. Trauerhaus: Paradisestr. 29. 21012

Am 15. März verschied nach langem, schwerem Leiden die Frau unserer Kollegen, des Bierbrauers **Otto Ullrich**. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Gesamt-Arbeiterverband der Gewerkschaftsbund Breslau Ost- u. Schwabstr. Beerdigung: Montag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, vom evgl. Friedhof in Cosel.

Am 15. März verschied nach langem, schwerem Leiden die Frau unserer Kollegen, des Bierbrauers **Otto Ullrich**. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Gesamt-Arbeiterverband der Gewerkschaftsbund Breslau Ost- u. Schwabstr. Beerdigung: Montag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, vom evgl. Friedhof in Cosel.

Bekanntmachung. Dem städtischen Wohnungsamt liegt es zu sehr große Zahl von Anträgen auf Vermietung von Räumen aus der Produktion des städtischen Wohnungsamtes als Zuschlag für Unterhaltungsarbeiten an Häusern und Wohnungen vor, daß die Ausschreibung und Bezeichnung weiterer Anträge auf einige Zeit ausgesetzt werden muß. Sobald die Ausschreibung der Anträge obiger Art wieder ausgeschrieben wird, erfolgt sogleich die Bekanntmachung. Breslau, den 18. März 1921. Städtisches Wohnungsamt.

Bekanntmachung. Infolge starker Überlastung des Wohnungsamtes sind die Anträge auf Vermietung von Räumen aus der Produktion des städtischen Wohnungsamtes als Zuschlag für Unterhaltungsarbeiten an Häusern und Wohnungen vor, daß die Ausschreibung und Bezeichnung weiterer Anträge auf einige Zeit ausgesetzt werden muß. Sobald die Ausschreibung der Anträge obiger Art wieder ausgeschrieben wird, erfolgt sogleich die Bekanntmachung. Breslau, den 18. März 1921. Städtisches Wohnungsamt.

Bürger Breslaus! Es ist ein großer Bedarf der Frühjahrsmesse zu werden! Deshalb bitten wir, uns bald noch Zimmer für die Messebesucher (1 bis 10 Bett) - mit Bett (18, 12, 15 Mark) und mehr für Bett und Tisch - (mündlich, schriftlich oder telephonisch) Ring 3755 anzugeben. Fremdenverkehrsverein Breslau Am Hauptbahnhof 11.

Dr. Mendelsohn In den meisten Fällen **Schmerzloses Zahnziehen** (Zahn) zu mittels **Plomben / Präpar.** R. Barthel, Poststr. 1. Zahnärztliche Praxis.

Möbel und Kunstgegenstände. **Winkler** 11. Winkler 11.

Genossen! Landwirte u. Private! Ich Ein- und Verkauf von **Wachs** jeder Art. **Volksspeicher.** Am Kralagerung von **Wachs** und **Wachs** in **Breslau**. **Der wahre Jakob** 66 77.

Achtung! Achtung!
Damentonfektion
Mittwoch, den 23. März, abends 6 Uhr, im Gesellschaftshaus „Wratistawia“, Mauritiusplatz 4:
Mitglieder = Versammlung

Die Branchenleitung
des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes
Filiale Breslau.

Wiederverkäufer, Hausierer, Gastwirte!
Zigaretten, Zigaretten, Rauchtabake. Alles zu Engrospreisen. **Tabakwaren-Großhandlung J. C. SCHOLZ**, Breslau, Adalbertstraße 60. - Tel. Ring 11235.

Emser Pastillen gegen Halsschmerzen, Husten, etc.

Gummiwaren für Damen und Herren. **Spülprisen** gegen Zahnschmerzen. **Francharkittel** gegen Zahnschmerzen.

Günstige Gelegenheit zu Industrie-Niederlassung! **Massive Werksbauten** mit ca. 11.000 m Werkraum (mit ca. 5.000 m bebauter Fläche) in **Frankenstein (Silesien)** (ca. 9000 Einwohner), Kreisstadt, eigener Gleisananschlag. **vorzüglicher Arbeiterstamm vorhanden**. 2 Wohnhäuser, 1 Diensthaus, weite, helle Räume - teilweise sofort bezugsfertig, Rest hier, sofort, preiswert (auf Wunsch u. größerer Kapitalbeteiligung d. Vorbesitzers) **sofort veräußerlich**. 20023. **Direktor Schwarzer**, Tel.-Nr. 22 Frankenstein (Schles.).

Arbeitsmarkt **Zeitungsträgerinnen** für alle Gebiete (außer Kurland) sofort gesucht. **Verlag der „Volkswacht“**.